

Deutscher Bundestag

19. Wahlperiode

[Datum]

Antrag

der Abgeordneten Dr. Bruno Hollnagel, ... und der Fraktion der AfD

Deutsche Sparvermögen retten durch die Deutsche Mark als Parallelwährung

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. Die Einführung des Euros geschah ohne Volksbefragung. „Kohl sagte, er habe gewusst, dass die Einführung des Euro in Deutschland nicht mehrheitsfähig gewesen sei.“¹ Das heißt: die Einführung geschah gegen den Willen des Volkes. Ergänzend dazu Kohl: „Bei der Euroeinführung war ich ein Diktator.“²
 2. Jede Gemeinschaft braucht allgemein gültige Regeln, deren allseitige Einhaltung Voraussetzung eines gedeihlichen Miteinanders sind.
 3. Zur Einführung des Euros versprach man uns: der Euro würde Frieden bringen, doch wir hatten in DM-Zeiten Frieden. Der Euro sollte uns Wachstum bringen, doch wir hatten Wachstum in Deutschland. Der Euro sollte uns eine stabile Währung bringen, doch wir hatten die stabilste Währung der Welt.
 4. Die Deutsche Mark war weltweit als stabile Währung geschätzt. Schon 1992 warnten führende deutsche Wirtschaftswissenschaftler, dass der Euro nicht in gleichem Maße ein Garant für Stabilität sein würde.³ Die Euro-Zone sei kein optimaler Währungsraum, sie umschließe völlig unterschiedliche Volkswirtschaften, für die eine einheitliche Währungspolitik schädliche Folgen habe. Der Euro werde zu wachsender Arbeitslosigkeit in schwächeren Ländern und hohen Transferzahlungen seitens der stärkeren Länder führen. Genau so ist es gekommen.

Ungeachtet der Warnungen hat der Bundestag die Einführung des Euros beschlossen. Die damit verbundenen Hoffnungen wurden enttäuscht und heute überwiegen die schädlichen Wirkungen. Die Eurozone wurde zu einer Gemeinschaft ohne Regeln, damit ist die Voraussetzung eines gedeihlichen Miteinanders nicht länger gegeben.

¹<https://www.versicherungsbote.de/id/88860/Euro-Einfuehrung-Deutschland-Diktator-Helmut-Kohl/>
sinngemäß auch: <https://www.dm-euro-rechner.de/die-euro-einfuehrung/>

² <https://www.merkur.de/politik/helmut-kohl-bei-euro-einfuehrung-diktator-zr-2846068.html>

³ „Die währungspolitischen Beschlüsse von Maastricht: Eine Gefahr für Europa“, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. Juni 1992; online abrufbar unter <https://www.uni-goettingen.de/de/document/download/13ed6bc990f7c9be5650a97f27a00ed6.pdf/Maastricht%20Manifeste%20deutsch-englisch.pdf>

5. Der Eintritt in den Euro-Verbund war an Bedingungen geknüpft. Dazu zählen die Stabilitätskriterien, die in abgespeckter Form auch auf die „Stabilitätskriterien“ des Stabilitäts- und Wachstumspaktes Anwendung fanden. Das Verschuldungskriterium (max. 60 % des BIP) und die Defizitobergrenze (max. 3 % vom Haushalt) werden von vielen Mitgliedsländern, insbesondere Frankreich und Italien, regelmäßig nicht eingehalten.
6. Eine weitere Klausel der Verträge von Maastricht und des AEUV-Vertrages ist die No-Bailout-Klausel. Die diversen Haftungen, wie sie u. a. durch die Rettungsvehikel ESM, EFSM und EFSF gegeben sind oder auch im Rahmen des Target II -Systems in Höhe von Mrd. € 1.025⁴, widersprechen zumindest dem Geist der No-Bailout-Klausel. Das Gleiche gilt für die Anleihekäufe des Eurosystems in Höhe von über Mrd. € 4.100, die monatlich um weitere Mrd. € 100 steigen.⁵ Die Haftung hat derzeit das Volumen mehrerer Bundeshaushalte erreicht. Die deutschen Bürger zahlen für Rettungsaktionen des Euro mit, obwohl sie nicht die Verursacher sind.
7. Eine Hebelung des EU-Budgets durch mögliche Kreditaufnahmen widerspricht ebenfalls dem Geist der No-Bailout-Klausel und führt zu unbestimmten Risiken des deutschen Steuerzahlers. Die Hebelung des EU-Budget durch Kredite widerspricht dem Eigenmittelkonzept des EU-Budgets (Art. 311 AEUV). Zurzeit bestehend aus: sog. traditionelle E. wie Zolleinnahmen und Zuckerabgaben, auf der Basis der nationalen Mehrwertsteuereinnahmen der Mitgliedstaaten, Anteile am Bruttonationaleinkommen (BNE-Eigenmittel) der Mitgliedstaaten.⁶
8. Das EZB-Programm TLTRO III ersetzt die deutschen Spareinlagen in der Refinanzierung der Banken, mit der Folge, dass die Negativzinsen flächendeckend ausgeweitet werden.
9. Ein weiteres Risiko für Deutschland bilden die sogenannten Target-2-Salden – zurzeit 1.024 Mrd. Euro (Bundesbank, April 2021⁷) –. Mario Draghi dazu: „*Würde ein Land das Euro-System verlassen, müssten die Forderungen und Verbindlichkeiten der nationalen Zentralbank gegenüber der EZB vollständig beglichen werden*“. Geschehe dies nicht, dann würden (gemäß Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom März 2017, S. 34) die Target-2-Verbindlichkeiten eines austretenden Landes, die nicht vollständig erfüllt werden, zu Verlusten bei den verbleibenden Zentralbanken führen und so auch Deutschland treffen.
10. Es werden immer neue ‚Töpfe‘ begründet und es wird versucht, eine umfangreiche Haftungsunion zu installieren. Die EU-Kommission will beispielsweise den ESM zum EWF „weiterentwickelten“ und als Vehikel für konjunkturelle Interventionen nutzen. Das „Pandemie-Notfallkaufprogramm“ (PEPP) der EZB (gestartet am 26. 3. 2020) soll Anleihekäufe von öffentlichen und privaten Schuldnern im Umfang von 1350 Mrd. € beinhalten. Über die Verhältnismäßigkeit und Folgenabschätzung – wie gerade vom Bundesverfassungsgericht für das alte Anleihekäufe gefordert – ist nichts Konkretes bekannt. Die konjunkturpolitische Steuerung ist aber den Mitgliedsstaaten vorbehalten (Bundesrechnungshof: Bericht über die Risiken der Einrichtung eines Euro-

4 [TARGET2-Saldo | Deutsche Bundesbank](#), Stand April 2021.

5 APP: Mrd. € 3.128 ([Asset purchase programmes \(europa.eu\)](#)) und PEPP: Mrd. € 1.024 ([Pandemic emergency purchase programme \(PEPP\) \(europa.eu\)](#)); Stand April 2021.

6 <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-europalexikon/176812/eigenmittel>

7 <https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/unbarer-zahlungsverkehr/target2/target2-saldo/target2-saldo-603478>

[...]

päischen Währungsfonds (EWF) für den Bundeshaushalt vom 30. 10. 2018, S. 2).

11. Ausweislich des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 5. 5. 2020 hat die EZB als Hüterin des Euros ihre währungspolitische Kompetenz überschritten, indem sie durch die von ihr ergriffenen Maßnahmen massiv in die Wirtschaftspolitik der souveränen europäischen Staaten eingegriffen hat.
12. Die Einheitswährung ist gemessen an der Wettbewerbsfähigkeit vieler Euro-Länder zu stark und für Deutschland zu schwach. Sie wird den unterschiedlichen Wirtschaftsgebieten innerhalb der EU nicht gerecht. Die Einheitswährung (Euro) befördert – ausweislich der Target-2-Salden – Spannungen innerhalb der EU, der durch die Einheitswährung das Wechselkursventil abhandengekommen ist.
13. Das Eurosystem belastet die deutschen Bürger nicht nur durch Kaufkraftverlust und Haftungsrisiken, sondern zunehmend auch mit den Risiken der Entwertung der Sparvermögen durch Negativzinsen und Inflation.
14. Der deutsche Staatsbürger ist zunehmend Risiken ausgesetzt, über die die EZB unter dem vorgeschobenen Argument der Geldpolitik entscheidet. Die EZB verteilt Lasten ohne demokratische Legitimation. Die vertraglich festgelegte Neutralität der EZB ist längst nicht mehr vorhanden.
15. Der Deutsche Bundestag kann diese Risiken nicht länger tolerieren.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. einen Plan zur Einführung einer DM-Parallelwährung vorzulegen, deren Wechselkurs zum Euro flexibel ist.
2. hierbei ist jedem Bürger der Umtausch der Bankeinlagen zum Einführungskurs zu ermöglichen.
3. die stillschweigende Akzeptanz diverser Vertragsverletzungen zu beenden und die Sicherung der Sparvermögen vorrangig zu betreiben.

Berlin, den 14. Mai 2021

xxx

Begründung

Dringlichkeit

Aus Tradition, aber auch vielfach aufgrund gesetzlicher Vorgaben, sind die deutschen Sparvermögen inflationssensibel in zinsgebundenen Nominalwerten angelegt.

Der Euro gründet wesentlich auf dem Vertrauen in eine der Bundesbank nachgebildeten EZB. Das langjährig vertretene Inflationsziel von 2 Prozent ist mittlerweile erreicht und ungeachtet der Erwartung eines weiteren Anstiegs soll die expansive Geldpolitik beibehalten werden.⁸ Die Vertrauenswürdigkeit der EZB ist beschädigt. Die EZB ist nicht das Abbild der Deutschen Bundesbank.

Die Geldmengenausweitung und die diktierten Negativzinsen bilden einen vernichtenden Mix für die deutschen Sparvermögen. Die Inflation wird angeschoben und deren Abgeltung durch Zinserträge unterbunden.

Die Bilanzsumme der EZB nähert sich rasant der Wirtschaftsleistung in Höhe von ca. Mrd. € 11.300⁹ an mit der Folge, dass sie bald nicht mehr durch die Wirtschaftsleistung gedeckt sein wird und sich der Wert des Euros gravierend fallen wird. Die zügellose Geldpolitik der EZB bedroht die deutschen Spareinlagen bedroht.

Die Vernichtung der Sparleistungen der deutschen Bürger ist nicht tolerierbar, eine Rettung ist durch eine Deutsche Mark als Parallelwährung möglich.

Missachtung vertraglicher Vereinbarungen

1. Stabilitätskriterien

Die Einstiegsbedingungen für den Euroraum waren die Konvergenzkriterien (Maastrichter Vertrag), die auch nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt weiter einzuhalten sind, aber nicht eingehalten werden. Durch die vielfache Missachtung vertraglicher Vereinbarungen ist dem Währungssystem die Grundlage entzogen.

Das absehbare Ende der Schuldenregeln besiegelt formal die südeuropäische Währungsunion.¹⁰

2. Missachtung marktwirtschaftlicher Prinzipien

Die Umverteilungen innerhalb des Euro-Systems stehen wegen des Umfangs und der Wirkung fernab der Marktwirtschaft, zu deren Umsetzung sich die Mitgliedsstaaten gemäß 119 (1) AEUV Vertrag verpflichtet haben. Innerhalb des Euro-Systems betreibt die EZB – fernab der freien Preisbildung einer Marktwirtschaft – ein Zins-

8 <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Schnabel-sieht-kraeftigen-Anstieg-der-Inflation-article22546945.html>

9 Statista: [EU & Euro-Zone - Bruttoinlandsprodukt \(BIP\) bis 2020 | Statista](#)

10 [Europas ewige Schuldenregeln sterben einen Tod auf Raten - WELT](#)

[...]

diktat zur Entwertung der deutschen Sparvermögen.

Der Euro ist zu einem machtpolitischen Instrument verkommen.

3. Überschreitung währungspolitischer Kompetenz – Eingriffe in nationale Belange

Das Euro-System gibt der EZB die Möglichkeit, massiv in das Wirtschaftsgeschehen und die Wirtschaftspolitik Deutschlands einzugreifen.

Durch ihre aggressive Kaufpolitik treibt die EZB die Kurse der Anleihen in die Höhe und senkt damit die Renditen. Wegen des großen Volumens diktiert die EZB praktisch die Zinshöhe.

Dieses Zinsdiktat hat umfangreiche Auswirkungen:

- Es senkt die Zinsen und die Risikoprämien und führt so zu Kapitalfehlenkungen,
- es gefährdet die Kaufkraft von Sparvermögen,
- es gefährdet die Altersvorsorge im Wege langfristiger Inflationsrisiken,
- es belastet Versicherungen,
- es fördert die Zombifizierung der Wirtschaft und erhöht damit das Konkursrisiko in Krisenzeiten
- es fördert die Blasenbildung.
- es raubt den Banken wesentliche Ertragsgrundlagen
- es verbilligt die Refinanzierung von Firmen und Staaten und verleitet dadurch zur Überschuldung – wie wir es auch erleben.

Die Geldmengenausweitungen führen zu einer Umverteilung von arm zu reich.

Ergebnis: Die Auswirkungen der Anleihekäufe sprengen den Rahmen der währungspolitischen Kompetenz der EZB. Die Schäden sind nicht mehr tolerierbar.

4. Mithaftung trotz expliziten Haftungsausschlusses

Die Kosten der Eurorettungen für Deutschland für den Fall eines Zahlungsausfalls der Krisenstaaten hätten sich alleine bis zum 8. Mai 2015 auf insgesamt 574 Mrd. €¹¹ belaufen.

11 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/202882/umfrage/maximale-kosten-der-euro-rettung-fuer-deutschland/>

Allein für die EZB-Anleihekaufprogramme, die sich bis zum Ende 2020 auf über 3.500 Mrd. € aufsummieren¹², haftet Deutschland mit ca. 1.000 Mrd. €. Es sind dies im Einzelnen:

- 02.07.2009 bis 30.06.2010 - Covered Bond Purchase Program (CBPP1)
- 10.05.2010 bis 06.09.2012 - Securities Markets Program (SMP)
- 02.11.2011 bis 31.10.2012 - Covered Bond Purchase Program (CBPP2)
- 20.10.2014 bis 19.12.2018 - Covered Bond Purchase Program (CBPP3)
- 09.05.2015 bis 19.12.2018 - Public Sector Purchase Program (PSPP)
- 10.03.2016 bis 19.12.2018 - Corporate Sector Purchase Program (CSPP)
- seit 31.10.2019 - Public Sector Purchase Program (PSPP), ca. 20 Milliarden Euro pro Monat
- seit 19.03.2020 - Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP), 750 Milliarden Euro bis Ende 2020, ca. 83,3 Milliarden Euro im Monat.

Die Mithaftung der Bundesrepublik für Anleihekaufprogramme der EZB im Rahmen des Euro-Systems beschneidet das Haushaltsrecht des deutschen Bundestages. „Damit berührt die Geldpolitik indirekt auch das Haushaltsrecht, das Königsrecht der Parlamente. Geht etwas schief, muss der Steuerzahler einspringen.“¹³

Betrachtungen über Folgenabschätzung und Verhältnismäßigkeit sind nicht bekannt. Die EZB gibt vor, ein 2 % Inflationsziel anzustreben, dabei läuft sie Gefahr, ihr währungspolitisches Mandat zu überdehnen. Wenngleich sie konjunkturstützend wirken darf, ist die Wirtschafts- und Konjunktursteuerung allein Aufgabe der nationalen Parlamente.

Systemfehler des Euros

1. Abgeschafftes Wechselkursventil

Die Einheitswährung (Euro) kennt keine freien Wechselkursschwankungen, welche die Leistungsunterschiede ausgleichen. Das Euro-System befördert deswegen – ausweislich der Target-2-Salden – Spannungen innerhalb der EU.

Innerhalb der Währungsunion sollte die innere Abwertung das Wechselkursventil ersetzen. Die innere Abwertung sollte dem Export von Geld

12 <https://www.tagesgeldvergleich.net/statistiken/ezb-anleihekaeufe.html#historie>

13 <https://www.welt.de/finanzen/article165137660/Mit-dieser-Summe-haftet-Deutschland-fuer-die-EZB-Politik.html>

[...]

durch Handelsdefizite folgen. Die EZB hat die innere Abwertung durch die permanente Nachlieferung von Geld unterbunden. Diese Nachlieferungen von Geld sind eine Ursache der deutschen Target2-Risiken. Die EZB hat die Steuerungsmechanismen der Währungsunion gezielt unterlaufen und deutsche Risiken begründet.

2. Einheitszinssatz

Eine Einheitswährung bedarf einer einzigen Zentralbank. Durch sie kann es nur einen Leitzinssatz geben. Dieser ist nicht geeignet, auf die unterschiedlichen Entwicklungen der verschiedenen Länder zu reagieren. Die Auswirkungen waren 2002 ff zu erleben: Während Frankreich und Deutschland eine konjunkturelle Schwäche erlebten und eine Leitzinssenkung angebracht war, führte diese in Spanien zu einem Heißlaufen der (Bau-) Konjunktur und anschließend zum Platzen der Immobilienblase.

Die EZB arbeitet gegen die Grundprinzipien der Währungsunion, indem sie die Steuerung der Währungsunion über Zinsdifferenzen unterbindet.

3. Erpressbarkeit

Deutschland ist wegen der Target-2-Salden erpressbar: Verließe Italien das Euro-System und gliche seinen Target-2-Saldo nicht aus, so müssen die im System verbleibenden Länder für Ausgleich sorgen. Das würde Deutschland erheblichen Schaden zufügen.

Das gilt auch für deutsche Haftungen aus den „Euro-Rettungen“, für SURE oder NGEU.

Die deutschen Haftungen von einem Vielfachen des Bundeshaushalts sind unverantwortlich.

Damit diese deutschen Haftungen nicht schlagend werden, akzeptiert Deutschland stillschweigend die Staatsfinanzierung der EZB, die Zinsmanipulationen und in der Folge die Entwertung der Sparvermögen. Deutschland befindet sich in der Sackgasse, eine fortgesetzte Passivität wird die Sparvermögen vernichten.

4. Ein relativ zur DM schwacher Euro

Der für Deutschland zu schwache Euro wirkt zwar wie eine Exportförderung. Er macht die deutsche Exportindustrie jedoch wegen der relativ leicht fallenden Gewinne, träge. Das Argument, dass eine starke Währung dem Export schade, klingt logisch, ist in seiner generalisierten Aussage nicht zutreffend: In Zeiten der DM

stiegen nämlich sowohl der Wechselkurs, als auch die Exporte.

Das Wachstum der Eurostaaten bleibt deutlich hinter den USA oder auch dem globalen Wachstum zurück.

| | Euro-Staaten ¹⁴ | USA ¹⁵ | global ¹⁶ |
|------|----------------------------|-------------------|----------------------|
| 2014 | 1,4 | 2,5 | 3,6 |
| 2015 | 2,1 | 3,1 | 3,5 |
| 2016 | 1,9 | 1,7 | 3,4 |
| 2017 | 2,6 | 2,3 | 3,9 |
| 2018 | 1,9 | 3,0 | 3,6 |
| 2019 | 1,3 | 2,2 | 2,8 |

Quelle: Statista

Der (schwache) Euro bringt Deutschland keine Vorteile, sondern eher Nachteile¹⁷. Vorteile bringt den Staaten ein Freihandelsraum, wie es dies z. B. die EWG war.

Der Euro bremst sogar Deutschland aus. Das hatten schon Ökonomen der EZB in einem Bericht 2017 dargelegt.¹⁸

Der Euro ist durch keine realen Werte unterlegt und ist deswegen beliebig vermehrbar. Das macht ihn zu einem manipulierbaren machtpolitischen Instrument. Sein (Tausch-) Wert basiert einzig auf einem allgemeinen Glauben an seinen Wert.¹⁹

Schlussbemerkungen und Ausblick

Der Euro wurde mit Versprechungen eingeführt: Man versprach uns Wohlstand – doch wir hatten Wohlstand. Man versprach uns Frieden – doch wir hatten Frieden. Man sagte, wir bräuchten den Euro, weil er eine stabile Währung sein würde – dabei hatten wir die stabilste Währung der Welt. Man versprach uns eine EZB nach dem Abbild der Bundesbank. Wir bekamen ein Abbild einer staatsfinanzierenden südeuropäischen Zentralbank als Wächter über deutsche Sparvermögen. Angesichts der Bedrohungslage muß der Bun-

14 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/156282/umfrage/entwicklung-des-bruttoinlandsprodukts-bip-in-der-eu-und-der-eurozone/>

15 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14558/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-in-den-usa/>

16 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1979/umfrage/veraenderung-des-weltweiten-bruttoinlandsprodukts/>

17 Tagesspiegel: „Die Mär vom Euro-Gewinner Deutschland“ <https://www.tagesspiegel.de/meinung/europa-die-maer-vom-euro-gewinn-deutschland/6830732.html>). „Wie Euro, EZB und Politik Deutschland ruinieren“ <https://www.m:ager-magazin.de/politik/deutschland/wie-euro-ezb-und-politik-deutschland-ruinieren-a-1182020-2.html> o

18 <https://www.welt.de/wirtschaft/article171184588/Der-Euro-bremst-sogar-Deutschland-aus.html>

19 <https://www.wiwo.de/politik/europa/kosten-der-euro-rettung-deutschlands-wohlstand-geht-dahin/7991996.html>

[...]

destag die Politik des Wunschdenkens²⁰ beenden, die Realitäten erkennen und eine Lösung suchen.

Die Einführung einer deutschen Parallelwährung baut die Spannungen ab und befriedet Europa.

Eine eigene stabile Währung bietet den Bürgern eine Leistungsdividende, d. h. ohne höhere Löhne und Gehälter – und damit nicht wettbewerbschädlich – gewinnen Bürger an Kaufkraft.

Ziel muss es deswegen sein, eine DM-Parallelwährung zuzulassen und die gescheiterte EU auf ihren nutzenstiftenden Kern, die EWG, zurückzuführen. Das ermöglicht Deutschland eine erhebliche Steigerung der Kaufkraft, was hauptsächlich den unteren Einkommenschichten wie Sozialhilfe- und Renteneempfängern zugutekommt. Auch wird die Kaufkraft der Spareinlagen der Deutschen steigen und die laufende Entwertung der deutschen Spareinlagen wird beendet.

Als Verhandlungsmasse gegenüber den Euro-Partnern könnten die Target-2-Salden dienen.

Die Befürchtung, eine starke Währung könnte die wirtschaftliche Stärke unseres Landes auslösen widerlegt die Entwicklung der DM: trotz steigender DM-Wechselkurse stiegen die Exporte Deutschlands, solange die DM existierte.

20 Siehe hierzu auch H.G. Maaßen in der Sendung bei Markus Lanz: <https://www.youtube.com/watch?v=aQOcZOWFDOI&t=656s> ab 10:30 Minuten.